

Interfraktionelle Resolution

Am Mittwoch, den 28. September 2016 soll auf dem Altmarkt ein sog. „Spaziergang“ des Zusammenschlusses „Bürger gegen Politikwahnsinn“ stattfinden.

Bei „Bürger gegen Politikwahnsinn“ handelt es sich um eine Pegida-ähnliche Bewegung, die seit dem Frühjahr dieses Jahres in Essen aktiv ist. Zu ihren Aktivisten zählen Vertreter von NPD, HoGeSa, PRO NRW und anderer rechtsextremer Gruppierungen. Bei mehreren Aktionen dieser Gruppe kam es bereits zu Übergriffen, Gewalttaten und Sachbeschädigungen. Dieser Zusammenschluss versucht nun, auch in den Nachbarstädten Einfluss zu gewinnen, so auch bei uns in Oberhausen.

Der Rat der Stadt begrüßt, dass Akteure aus unserer Oberhausener Zivilgesellschaft bereits zu einer Gegendemonstration gegen diese Gruppe aufgerufen haben. Oberhausen hat sich immer als eine Stadt verstanden, deren Bürgerinnen und Bürger sich als weltoffen und tolerant, friedliebend, demokratisch und den Menschenrechten verpflichtet verstehen.

Auf der Folie des historischen Nationalsozialismus kann gerade die deutsche Gesellschaft, können wir es auf keinen Fall unwidersprochen lassen,

- wenn rechtsextreme, neonazistische Ideologien öffentlich Raum greifen wollen
- wenn die ernsthaften Bemühungen von Politik und Bürgerschaft um eine soziale und demokratische Stadtgesellschaft auf derartige Weise diffamiert werden
- wenn unsere Gesellschaft rassistisch in Menschen mit angeblich unterschiedlicher Wertigkeit aufgespalten werden soll.

Der Rat der Stadt distanziert sich daher in aller Entschiedenheit von dieser „Bewegung“ und ihrem Gedankengut und ruft zum friedlichen Protest gegen diese Veranstalter und ihren verharmlosend „Spaziergang“ etikettierten Aufruf gegen unsere gemeinschaftliche Bürgergesellschaft auf.

Oberhausen hat eine gewachsene politische Kultur, die sich schon seit langem gegen neonazistische Entwicklungen und für eine demokratische, vielfältige, tolerante und gewaltfreie Stadtkultur einsetzt. Wir haben das „Antifaschistische Bündnis, Oberhausen für Demokratie und Toleranz“, in dem sich alle gesellschaftlich relevanten Gruppierungen in unserer Stadt wiederfinden. Wir nehmen am Bundesprogramm „Demokratie leben! Partnerschaften für Demokratie“ teil. Und wir planen die Teilnahme am Landesprogramm „NRWweltoffen“, Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Und auch erinnern an das Leitbild der Stadtverwaltung formuliert: "Die Menschen dieser Stadt stehen im Mittelpunkt unserer Arbeit; wir sehen sie als Partnerinnen und Partner und

begegnen ihnen mit Respekt und ohne Vorbehalte, unabhängig von gesellschaftlicher, ethnischer und religiöser Zugehörigkeit, von Alter und Geschlecht." Und an anderer Stelle: "Wir treten aktiv ein für Gerechtigkeit und Chancengleichheit und unterstützen einzelne Menschen und Gruppen, die durch Benachteiligung, Nichtbeachtung, Ausschluss oder Ungleichbehandlung diskriminiert werden. [...] Wir fördern das bürgerschaftliche Engagement und eine solidarische Stadtgemeinschaft."

Auf dieser Basis sagen wir entscheiden NEIN zu den „Bürgern gegen Politikwahnsinn“.

Wir schließen uns den Worten des kürzlich verstorbenen

Max Mannheimer an:

„Ihr seid nicht verantwortlich für das, was geschah.

Aber dass es nicht wieder geschieht, dafür schon.“